



Nr. 13

30. März 2023

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Einkommensrunde Bund und Kommunen

[Keine Einigung ohne nachhaltigen Inflationsausgleich:  
Tarifverhandlungen für öffentlichen Dienst gescheitert –  
Schlichtung angerufen](#)

75 Jahre BDZ

[Silberbach: „Der Zoll ist entscheidend für die Sicherheit in  
Deutschland“](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[„Pakt für den öffentlichen Dienst“ gefordert](#)

Baden-Württemberg

[Verzögerte Bearbeitung von Beihilfeanträgen: Ende noch  
nicht absehbar](#)

Nordrhein-Westfalen

[Land will Deutschlandticket für seine Beschäftigten  
nicht fördern](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Jugendkriminalität nimmt zu – Ursachen sind vielfältig](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Einkommensrunde Bund und Kommunen **Keine Einigung ohne nachhaltigen Inflationsausgleich: Tarifverhandlungen für öffentlichen Dienst gescheitert – Schlichtung angerufen**

**„Die Arbeitgebenden haben es nicht verstanden“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach nach dem Abbruch der dritten Verhandlungsrunde mit Bund und Kommunen am 30. März 2023 in Potsdam. Letztere haben mittlerweile die Schlichtung angerufen.**

„Bund und Kommunen respektieren die Sorgen und Nöte ihrer Beschäftigten nicht. Und sie schätzen Frustration und Entschlossenheit der Kolleginnen und Kollegen falsch ein. Nur so ist zu erklären, dass sie uns hier wieder kein wirklich verbessertes Angebot vorgelegt haben. Das war zu wenig Bewegung in den wichtigen materiellen Fragen. Wir müssen Reallohnverluste verhindern und brauchen einen nachhaltigen Inflationsausgleich. Das war von Anfang an klar. Nach jetzigem Stand der Dinge sind die Arbeitgebenden dazu nicht bereit. Die Verhandlungen sind damit gescheitert. Jetzt stehen Schlichtung oder Urabstimmung und Vollstreik im Raum. Wir haben in den letzten Wochen gezeigt, dass wir kampfbereit sind, wenn es sein muss“, machte Silberbach kurz nach dem Abbruch der Verhandlungen deutlich.

Sollte es zum Vollstreik kommen, seien hierfür allein der Bund und die kommunalen Arbeitgebenden verantwortlich. Silberbach: „Wir haben in den Verhandlungen viele Runden gedreht und sind überhaupt nicht vorangekommen. Also müssen wir jetzt den Druck nochmal erhöhen und die Urabstimmung einleiten. Wenn Bund und Kommunen die Schlichtung anrufen, werden wir uns natürlich konstruktiv beteiligen. Wenn nicht, kann es ab Ende April überall im Land zu umfassenden Streikmaßnahmen im öffentlichen Dienst kommen. Ich bin überzeugt, der Ärger der Kolleginnen und Kollegen über die Ignoranz der Arbeitgebenden wird zu einer hohen Beteiligung bei der Urabstimmung und zu einer großen Streikbereitschaft führen. Leidtragende sind alle – Beschäftigte genauso wie Bürgerinnen und Bürger.“

Bund und Kommunen entschieden sich allerdings noch in der Nacht dafür, die Schlichtung anzurufen. Ein Schlichterspruch ist nicht verbindlich, sondern stellt einen Vorschlag dar, den Arbeitgebende und Gewerkschaften in einer weiteren Verhandlungsrunde erst noch annehmen müssen. Speziell zum Thema „Schlichtung“ wird der dbb zeitnah weitergehend informieren.

### Hintergrund:

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind insgesamt über 2,5 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen: Fast 1,6 Millionen Arbeitnehmende des Bundes und der Kommunen und weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat, sowie Auszubildende (6.350 beim Bund, 56.300 bei den Kommunen), Praktikantinnen und Praktikanten sowie Studierende in ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen und auch knapp 190.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Anwärtnerinnen und Anwärtner (16.885 beim Bund) sowie über 500.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Mittelbar hat die Einkommensrunde auch Auswirkungen für weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes (bspw. Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Rentenversicherung).

Alle Informationen gibt es unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde).

## 75 Jahre BDZ

### **Silberbach: „Der Zoll ist entscheidend für die Sicherheit in Deutschland“**

**Die Aufgaben des Zolls in Deutschland sind ebenso vielfältig wie bedeutsam. Der BDZ kämpft seit 75 Jahren für die Belange der Beschäftigten dort.**

„Die Kolleginnen und Kollegen beim Zoll kämpfen gegen Schmuggel, Schwarzarbeit und Produktpiraterie; sie kontrollieren die Einhaltung

des Mindestlohns und sie setzen Wirtschaftssanktionen durch. Kurz: Der Zoll und seine Beschäftigten sind entscheidend für die Sicherheit und Gerechtigkeit in Deutschland“, sagt

der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach beim Gewerkschaftstag des BDZ (Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft) am 29. März 2023 in Berlin.

Die dbb Fachgewerkschaft BDZ feierte bei dem Gewerkschaftstag auch ihr 75-jähriges Bestehen. „Der BDZ hat immer konsequent und erfolgreich die Interessen der Beschäftigten vertreten. Mit eurem unermüdlichen Einsatz habt ihr gerade erst maßgeblich für einen nie dagewesenen Zuwachs in Höhe von mehr als 7.200 Planstellen für den Zoll in den kommenden Haushaltsjahren bis 2029 gesorgt“, so der dbb Chef. „Die Kolleginnen und Kollegen wissen, was sie am BDZ haben. Nicht ohne Grund stellt ihr mittlerweile in den meisten Personalräten die Mehrheit der Mitglieder und fast immer auch die Vorsitzenden oder auch den gesamten Vorstand. Im dbb als Dachverband ist der BDZ ebenfalls seit 75 Jahren eine wichtige Stimme und einer der Motoren innerhalb der Bundesbeamtengewerkschaften.“

Zeitgleich mit dem Jubiläum hat der BDZ auf dem Gewerkschaftstag einen Generationenwechsel vollzogen: Der langjährige Bundesvorsitzende Dieter Dewes wurde verabschiedet, seinen bisherigen Stellvertreter Thomas Liebel wählten die Delegierten zum Amtsnachfolger. Silberbach gratulierte der neugewählten BDZ Bundesleitung und würdigte die Leistung von Dewes: „In Deine Amtszeit fielen umfangreiche Strukturveränderungen innerhalb der Zollverwaltung. Durch Dein umfangreiches Netzwerk und Deine engen Kontakte zur Politik hast du diese Veränderungen eng begleitet und dabei eindrucksvolle Erfolge für die Beschäftigten erzielt. Dafür bedanke ich mich bei Dir, lieber Dieter, auch im Namen der gesamten dbb-Führung.“

Silberbach nahm als dbb Verhandlungsführer auch Bezug auf die laufende Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen: „Immer noch sind tausend Stellen des Zolls unbesetzt. In den nächsten zehn

Jahren werden zwischen 30 und 40 Prozent der Beschäftigten ruhestandsbedingt aus dem aktiven Dienst aussteigen. Die Politik ist mehr denn je gefordert, für eine aufgabengerechte Personalausstattung, für zukunftstaugliche Aus- und Fortbildungskonzepte und natürlich eine anständige Bezahlung zu sorgen. Nach den Tarifverhandlungen in Potsdam erwarten wir selbstverständlich die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes. Im gleichen Zug kann dann auch direkt unsere langjährige Forderung nach einer Rückführung der Wochenarbeitszeit für Bundesbeamtinnen und -beamte von 41 auf 39 Stunden in der Woche umgesetzt werden.“ Mittlerweile sind die Tarifverhandlungen jedoch vorerst gescheitert, Bund und Kommunen haben die Schlichtung angerufen.

Der neugewählte BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel brachte zum Ausdruck, dass er auf den Erfolgen der letzten Jahre aufbauen und die Rolle des BDZ als einzige Fachgewerkschaft für den Zoll und Bundesfinanzverwaltung weiter stärken wolle. In der Tradition der 75-jährigen Geschichte des BDZ gelte es, die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern, die Verwaltung zukunftsgerecht zu gestalten und die Interessen der Kolleginnen und Kollegen nach vorne zu bringen.

Neben Liebel gehören der Führungsspitze des BDZ die stellvertretenden Bundesvorsitzenden an. Die mehr als 130 stimmberechtigten Delegierten wählten am Gewerkschaftstag als stellvertretende Bundesvorsitzende in die Bundesleitung: Adelheid Tegeler (Bezirksverband Westfalen), Christian Beisch (Bezirksverband Nord), Kati Müller (Bezirksverband Baden), Florian Preißner (Bezirksverband Hessen) sowie Peter Link (Bezirksverband BMF) als in seinem Amt bestätigter Vorsitzender des Ständigen Ausschusses Senioren.

---

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **Bayern**

#### **„Pakt für den öffentlichen Dienst“ gefordert**

**„Wir brauchen einen Pakt für den öffentlichen Dienst“, forderte Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), am 29. März 2023 beim BBB-Hauptausschuss – dem letzten vor den im Herbst anstehenden Landtagswahlen. Auch Ministerpräsident Markus Söder und der bayerische Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker, beide Festredner der Veranstaltung, zählen auf Beschäftigte und Institution.**

Der Nachwuchs- und Fachkräftemangel macht auch vor dem öffentlichen Dienst nicht halt, betonte Nachtigall: „Dem muss angesichts der unzähligen aktuellen Herausforderungen mit aller Kraft entgegengewirkt werden.“ Der Freistaat könne sich jederzeit auf das Engagement und die Loyalität seiner Beschäftigten im öffentlichen Dienst verlassen. „Damit das in Zukunft so bleibt, wollen wir gemeinsam daran arbeiten, die Beschäftigung im öffentlichen Dienst so attraktiv wie möglich zu machen.“

Die aktuellen Tarifverhandlungen auf Bundesebene brächten ein erstes Vorzeichen für die Einkommensrunde auf Landesebene im Herbst. „Dann muss auch in finanzieller Hinsicht vorgesorgt werden“, verlangt der BBB-Chef. „Für Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Versorgungsberechtigte, die den öffentlichen Dienst zu dem machen, was er heute ist.“

Ministerpräsident Söder betonte in seiner Rede: „Ein stabiler Staat braucht einen starken

öffentlichen Dienst. Vielen Dank für die hervorragende Arbeit, gerade auch in Krisenzeiten! Bayerns Beamte garantieren hohe Qualität und Bürgernähe. Bayern steht fest zum Berufsbeamtentum. Wir wollen keine politischen Beamte und keine Bürgerversicherung. Bayern wächst, deshalb brauchen wir auch mehr Beamte wie Lehrer, Polizisten und Finanzbeamte. Das war heute ein guter Austausch beim Bayerischen Beamtenbund.“

Finanzminister Füracker machte deutlich „Die Beschäftigten des Freistaats sind eine tragende Säule für den Freistaat Bayern. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Funktions- und Handlungsfähigkeit Bayerns ist hoch. Unserem Anspruch, als moderner Arbeitgeber eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine faire Besoldung zu bieten, wollen wir auch in Zukunft gerecht werden und uns immer weiter verbessern. Ein herzliches Dankeschön an alle Beschäftigten für ihren Einsatz, ihre Leistungen und ihre Verlässlichkeit in diesen sehr herausfordernden Zeiten.“

### **Baden-Württemberg**

#### **Verzögerte Bearbeitung von Beihilfeanträgen: Ende noch nicht absehbar**

**Wer in Baden-Württemberg auf seinen Beihilfebescheid wartet, muss sich wohl noch etwas länger in Geduld üben. Das hat Ministerialdirigentin Cornelia Ruppert am 23. März 2023 im Gespräch mit BBW-Chef Kai Rosenberger bedauernd eingeräumt.**

Eine schnelle und umfassende Verbesserung der gegenwärtigen Situation sei trotz Wochenendarbeit, Umschichtung des Personals und Neueinstellungen nicht zu erreichen, so Ruppert. Der Berg an Beihilfeanträgen, der sich in den zurückliegenden Wochen aufgetürmt habe, sei zu groß. Rosenberger machte klar, dass man jetzt alle Hebel in Bewegung setzen müsse, um der untragbaren Situation ein Ende zu setzen. Die Betroffenen seien zu Recht im höchsten Maße verärgert.

Der Ärger über verzögerte Bearbeitungszeiten von Beihilfeanträgen ist nicht neu. Ihren ersten Höhepunkt fand sie Anfang 2018 mit einem Hackerangriff auf den Server des Landesamts für Besoldung und Versorgung (LBV). Jetzt deutet vieles darauf hin, dass es gerade der technische Fortschritt ist, der dem LBV das Leben zusätzlich schwer macht. Denn seit es möglich ist Belege einzuscannen und Beihilfe auf elektronischem Weg zu beantragen, wächst die Anzahl an Beihilfeanträgen kontinu-

ierlich. Während früher in der Regel die Rechnungen gesammelt und in einem einzigen Beihilfeantrag zusammengefasst wurden, verzichten heute viele auf das Sammeln und reichen jeden Beleg mit einem eigenen Beihilfeantrag ein, berichten Insider. Das Ergebnis: Täglich eine neue Flut von Beihilfeanträgen, die zur Bearbeitung anstehen.

„Die Beihilfestelle beim LBV hatte vor kurzem noch 170.000 Anträge auf Halde“, sagte Ruppert gegenüber dem BBW-Vorsitzenden. Zugleich wies sie darauf hin, dass das LBV gemeinsam mit dem Finanzministerium als übergeordnete Behörde auf die Situation reagiert habe, als klar war, dass es sich bei dieser Antragsflut nicht um den üblichen Anstieg wie beispielsweise um Festtage wie Weihnachten o-

der rund um die Sommerferien handelte. Inzwischen sei innerhalb des LBV Personal aus anderen Abteilungen in die Beihilfestelle abgeordnet worden. Zudem habe man zusätzliches Personal eingestellt und Leiharbeitskräfte angeworben. Gearbeitet werde in diesen Wochen außerdem auch an Wochenenden.

„Dies alles zusammen zeigt inzwischen Wirkung“, sagte Ruppert und ergänzte, dass die Beihilfestelle jetzt pro Woche neben den neu eingehenden Beihilfeanträgen die Bearbeitung von 12.000 zusätzlichen Anträgen erledige. Dennoch brauche es seine Zeit, bis der Stau der 170.000 Anträge abgebaut sein wird. Außerdem sagte sie zu, dass man derzeit prüfe, ob die vorgezogene Bearbeitungsgrenze von Beihilfeanträgen ab 5.000 Euro auf 3.000 Euro abgesenkt werden kann.

## Nordrhein-Westfalen

### Land will Deutschlandticket für seine Beschäftigten nicht fördern

**Viele Arbeitgebende subventionieren das Deutschlandticket für 49 Euro, so dass es für ihre Beschäftigten 25 Prozent günstiger ist. Das Land NRW zeigt hier jedoch unflexibel. „Keine Zahlung an die Beschäftigten ohne Rechtsgrund oder ohne tarifrechtliche Regelung“ ist die Begründung.**

Für eine solche Begründung zeigt der 1. Vorsitzende des DBB NRW Roland Staude am 29. März 2023 wenig Verständnis: „Bei 24.000 Leerstellen in der Landesverwaltung möchte ich nicht hören, warum einige Dinge nicht umsetzbar sind, sondern wie sie umgesetzt werden“. Mit einer solchen Einstellung werde der

öffentliche Dienst im Bereich der Nachwuchsgewinnung weiter ins Hintertreffen geraten. „Wenn sich der öffentliche Dienst schon bei einem solchen Thema schwer tut, wie soll dann eine nachhaltige Modernisierung gelingen? Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes darf zu keiner Worthülse mutieren.“

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

### Jugendkriminalität nimmt zu – Ursachen sind vielfältig

**Der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt, zeigt sich besorgt über den Anstieg der Jugendkriminalität in Deutschland. Laut einer aktuellen Analyse nehmen Delikte von Kindern und Jugendlichen dramatisch zu.**

Allein bei Kindern wurden im vergangenen Jahr 93.095 Tatverdächtige geführt, ein Plus von 35,5 Prozent. Die Ursachen hierfür sind vielfältig, so der DPoIG Chef. Jahrzehntelange seien der Strukturen von Sicherheit, Bildung und Erziehung vernachlässigt worden.

„In Krisenzeiten zeigt sich, wie schwach unser Staat in Wahrheit geworden ist. Die zunehmende Jugendkriminalität erfordert ein schnelles und konsequentes Handeln, aber der sprichwörtliche Personalnotstand überall hindert uns daran“, erklärt Wendt am 27. März

2023 in Berlin. „Es ist wichtig, sich intensiv mit den Hintergründen und Ursachen jugendlichen Fehlverhaltens auseinanderzusetzen, um effektive und zielgerichtete Präventionsmaßnahmen zu entwickeln.“

Als einen Lösungsansatz sieht die DPoIG eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Behörden, Schulen, lokalen Institutionen und der Polizei. Wendt erklärt: „Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren wird dazu beitragen, Jugendliche frühzeitig in ihrem sozialen

Umfeld zu erkennen, die Risiken eines kriminellen Verhaltens einzuschätzen und gezielt unterstützende Maßnahmen anzubieten.“

Um die notwendige Unterstützung für diese Präventionsarbeit zu gewährleisten, appelliert Wendt an Bund und Länder, mehr Geldmittel

für Bildung, Sozialarbeit und Polizei zur Verfügung zu stellen. „Die so genannte Sparpolitik vergangener Jahrzehnte kommt uns nun teuer zu stehen, das war vorhersehbar. Wir brauchen dringend mehr Ressourcen, um präventiv wirken und jugendliche Straftäter effektiv betreuen zu können.“

## **Namen und Nachrichten**

Wälder und der Wasserhaushalt der Atmosphäre sind miteinander verbunden wie kommunizierende Röhren. Darauf hat der **Bund Deutscher Forstleute (BDF)** anlässlich des Weltwassertages hingewiesen. „Intakte Wälder nehmen einen Großteil der Sonnenenergie auf und kühlen die Landschaft durch die Verdunstung von Wasser (sog. Evapotranspiration)“, erläuterte der Bundesvorsitzender Ulrich Dohle. „Die dadurch verstärkte Wolkenbildung

führt zu Niederschlägen in anderen Regionen, es entstehen sogenannte ‚fliegende Flüsse‘ in der Atmosphäre. Wir brauchen nicht nur mehr Forschung zu diesen lebenswichtigen Zusammenhängen. Wir müssen gleichzeitig unsere Landnutzung dahingehend ändern, dass Bäume und dauerhaftes Grün in den Landschaften erhalten und vermehrt werden.“

### **Termine:**

19. April 2023

#### **Europäischer Abend:**

**„Fachkräftemangel in Europa. Wie gelingt die EU-Migrationspolitik“**

Weitere Informationen unter [dbb.de](https://www.dbb.de).

20. April 2023

#### **dbb Forum ÖFFENTLICHER DIENST digital: „Tätowiert... war`s das mit der Verbeamtung?“**

Weitere Informationen folgen.

24. - 25. April 2023

#### **5. dbb forum Inklusion und Teilhabe**

Weitere Informationen unter [dbb.de](https://www.dbb.de).

14. Juni 2023

#### **17. Frauenpolitische Fachtagung**

Weitere Informationen folgen.

18.- 19. September 2023

#### **14. Forum Personalvertretungsrecht**

Weitere Informationen folgen.